

Antrag 2026/I/Bil/4

AfB

Einführung eines Hamburger Jugendparlaments (14– 18 Jahre) – verbindliche Mitbestimmung für junge Menschen

- 1 Der SPD Landesparteitag möge beschließen, sich für die Einführung eines stadtweiten, recht-
- 2 lich verankerten Hamburger Jugendparlaments (14– 18 Jahre) einzusetzen.
- 3 Es soll:
- 4 1. Per Bürgerschaftsbeschluss strukturell verankert und in Satzungen festgeschrieben werden,
- 5 um langfristige Verbindlichkeit zu gewährleisten.
- 6 2. Demokratisch gewählt aus allen Hamburger Bezirken sein – mit Vielfalt in Bezug auf Ge-
- 7 schlecht, Herkunft, Beeinträchtigung, sexuelle Orientierung.
- 8 3. Ein eigenes jährliches Budget erhalten und über dessen Verwendung selbst bestimmen kön-
- 9 nen.
- 10 4. Initiativ- und Antragsrechte gegenüber Senat, Bürgerschaft und Bezirksgremien besitzen –
- 11 mit Recht auf fundierte Begründung bei Ablehnung.
- 12 5. Eine Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung bei einem unabhängigen Träger erhalten, die
- 13 fachlich und pädagogisch begleitet.
- 14 6. Unterstützung aus bestehenden Strukturen wie dem Länderfonds „Rechte und Beteiligung
- 15 von Hamburger Kindern und Jugendlichen“ nutzen.
- 16 7. Als echtes Gremium eigenständig arbeiten – kein Symbol, sondern wirkmächtig, mit politi-
- 17 schem Einfluss.
- 18 3. Finanzierung & Umsetzung - Einrichtung einer haushaltsfinanzierten Koordinierungsstelle
- 19 Jugendbeteiligung bei einem unabhängigen Träger - Pilotphase mit wissenschaftlicher Evalua-
- 20 tion - Kooperation mit Schulbehörde, Bezirken, Landesjugendring und Zivilgesellschaft - Nut-
- 21 zung bestehender Fördermittel (z. B. Länderfonds) für Aufbau und erste Wahlgänge - Veranke-
- 22 rung des Jugendparlaments im Haushalt der Sozialbehörde zur langfristigen Sicherung
- 23 4. Weiteres politisches Vorgehen Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird beauftragt: - Rahmenbe-
- 24 dingungen und Satzungsvorlage mit Jugendlichen und Fachstellen zu erarbeiten - Haushalts-
- 25 mittel für Struktur- und Beteiligungsarbeit einzuplanen - Einbringung eines Bürgerschaftsan-
- 26 trags zur Einrichtung des Jugendparlaments - Öffentlichkeitswirksame Begleitung und Beteili-
- 27 gung der Zivilgesellschaft sicherzustellen

28 Begründung

- 29 Ein stadtweites Jugendparlament (14– 18 Jahre) schafft verbindliche, demokratisch legitimierte
- 30 Jugendmitbestimmung in Hamburg. Mit eigenem Budget, klaren Rechten und institutioneller

31 Verankerung wird es keine Symbolpolitik bleiben, sondern echte politische Teilhabe ermögli-
32 chen – strukturell, nachhaltig, stärkenfokussiert. Hamburg braucht eine neue, mutige Form der
33 Jugendbeteiligung. Die derzeit vorhandenen Formate, wie etwa temporäre Beteiligungsprojek-
34 te oder punktuelle Schülervertretungen, sind oftmals nicht verbindlich, nicht repräsentativ und
35 erreichen viele junge Menschen nicht. Insbesondere Jugendliche, die nicht aus politikorientier-
36 ten Haushalten kommen oder keinen einfachen Zugang zu bestehenden Beteiligungsstruktu-
37 ren haben, werden dadurch von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Ein Jugendpar-
38 lament kann diese Lücke schließen. Es schafft eine dauerhafte, institutionell verankerte Platt-
39 form, auf der Jugendliche aus allen Teilen Hamburgs regelmäßig zusammenkommen, gemein-
40 sam diskutieren, demokratische Entscheidungen treffen und ihre Perspektiven direkt in poli-
41 tische Prozesse einbringen können. In verschiedenen Jugendstudien äußern junge Menschen
42 wiederholt den Wunsch nach mehr Mitspracherecht und echter politischer Wirkung. Gleichzei-
43 tig sinkt das Vertrauen in politische Institutionen, wenn Beteiligung nur symbolisch bleibt. Ein
44 Jugendparlament setzt dem etwas entgegen. Es macht demokratische Prozesse erlebbar und
45 zeigt Jugendlichen, dass ihre Perspektiven nicht nur gehört, sondern auch berücksichtigt wer-
46 den. Ein Jugendparlament ist zudem eine Schule der Demokratie. Es fördert politisches Denken,
47 soziale Verantwortung und ein tiefes Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge. Gera-
48 de in einer vielfältigen Stadt wie Hamburg kann es dazu beitragen, den sozialen Zusammenhalt
49 zu stärken. Es bietet Jugendlichen mit und ohne Migrationsgeschichte, mit verschiedenen Bil-
50 dungshintergründen und Lebensrealitäten die Möglichkeit, auf Augenhöhe miteinander Politik
51 zu gestalten. Als SPD ist es unsere Verantwortung, jungen Menschen nicht nur zuzuhören, son-
52 dern ihnen reale Möglichkeiten zur Mitgestaltung zu geben. Das ist keine symbolische Geste,
53 sondern eine demokratische Notwendigkeit. Nur wenn Jugendliche strukturell beteiligt sind,
54 können wir als Partei glaubhaft vermitteln, dass unsere Gesellschaft für alle offen ist. Ein Ju-
55 gendparlament ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.